

National-Zeitung.

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 P, für das deutsche Reich und ganz Oesterreich 9 M incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. (S), Mohrenstraße 59, und sämtliche Postanstalten.

Inserate. — Die Beilage: Morgen-Ausgabe 4-gespaltig 40 A. Columnen resp. deren Hälfte 300 M. u. f. w. Abend-Ausgabe 3-gespaltig 60 A. — Reklame 3-gespaltig 1 M 50 P. — Columnen 450 M. u. f. w.

Preussischer Landtag.

Serrenhaus.

10. Sitzung vom 24. März.

11 Uhr. Am Ministertische: Dr. Kriebberg u. A.

Das Haus erklärt zunächst den Geschäftsbericht betr. die weitere Ausführung des Gesetzes vom 10. Dezember 1869 über die Konsolidation preussischer Staatsanleihen durch Kenntnisaufnahme für erledigt, desgleichen die überflüssige Darstellung des Ergebnisses der Verhandlungen des Landes-eisenbahn-raths im Jahre 1886, und die Denkschrift betr. die vom 1. April 1885 bis 31. März 1886 erfolgten Bauausführungen an denjenigen Wasserstraßen, über deren Regulierung dem Landtage besondere Vorläufe gemacht sind, und schließlich auf Antrag der Kommission für Handels- und Gewerbeangelegenheiten (Berichterstatter: Böttcher) den Gesetzentwurf, betr. die Herausziehung der Fabriken u. s. w. mit Präzipsalleistungen für den Wegebau in der Provinz Sachsen.

Hierauf wendet sich das Haus zur Fortsetzung der Diskussion über die kirchenpolitische Vorlage.

Professor Dove: Ich gehe hauptsächlich davon aus, daß ich in Bezug auf die Vorlesung der Geistlichen die akademische Bildung für besser halte, als die seminarische. Die Georgia-Augusta, die ich zu vertreten habe, ist stolz darauf, daß auf ihr der Freiherr vom Stein und der große Reichskanzler, der Deutschland in den Sattel gehoben hat, ihre Vorbildung genossen haben. Ich halte wenigstens für die Deutschen die akademische Vorbildung für besser, als die in den Seminarien.

Dem Bischof Kopp habe ich meinerseits zu erwidern: Ich verkenne nicht, daß er über geistliche Orden katholisch urtheilt und denkt. Ich bitte ihn aber, daß er sich dessen enthalte, es als Vorurtheil zu bezeichnen, wenn wir nach Maßgabe unserer reformatorischen Bekenntnisse urtheilen. Jeder soll dies nach seiner Ueberzeugung thun, und der Gegensatz der Anschauung besteht eben darin, daß die Katholiken das vollkommene Christenthum nur in der Welt finden, nach dem Grunde der unsrer evangelischen Kirche aber die christliche Vollkommenheit darin zu suchen ist, daß wir im Glauben und christlicher Liebe in der Ordnung dieser Welt unsern Beruf erfüllen, also in der Familie, in dem rechtlichen Gebrauch des Vermögens, vor allen Dingen aber im Gehorsam gegen die weltliche Obrigkeit. Jeder soll seinen Standpunkt wahrhaftig, ich trete dem entgegengekehrten nicht bei. Ich darf auch daran erinnern, daß, als das Ordensgesetz gemacht wurde, ich bereits schriftstellerisch auf das Bedenken der Unterscheidung zwischen fränkischen und nicht fränkischen Orden hingewiesen habe, daß ich mich gegen die Beschränkung der Zulassung auf die fränkischen Orden ausgesprochen. Ich habe das Ordensgesetz für eines der mangelhaftesten gehalten, ich habe Bestimmungen befürwortet, wo man Unterscheidungen nicht gemacht hat. Eine strenge Staatsaufsicht will ich auch heute noch.

Der Herr Reichskanzler verweist gestern auf die Friedensschlüsse, die er zu Stande gebracht; ich habe keinen weltlichen Friedensbegriff präpariert, das war auch nicht seitens des Herrn stellvertretenden Botschafters. Aber auf die Stellung einer geistlichen Macht, mit der Krieg gewesen und jetzt Frieden geschlossen werden soll, findet überhaupt die Analogie von Krieg und Frieden nur sehr bedingter Weise statt. Ich bin nicht so sehr doctrinär, daß ich dem Reichskanzler einen Vorwurf daraus machen sollte, daß seine Definition der Kirchenhoheit keine ganz zureichende ist. Aber, woran wir unter allen Umständen festhalten müssen, das ist, wenn wir Frieden schließen, daß wir zwischen Staat und katholischer Kirchengewalt eine feste, sichere und dauerhafte Grenze feststellen, vor allen Dingen eine feste feste Grenze, sonst giebt es bald wieder Grenzrungen, und daraus entstehen neue Kämpfe; wenn ich aber Frieden schließen will, so will ich, daß er ein möglichst dauerhafter sei. Ich habe meinerseits bei der Novelle zum kirchenpolitischen Gesetz alle die Konzeptionen befürwortet, welche dahin gingen, die Seelsorge und das religiöse Leben zu betreiben von staatlichen Einflüssen, aber ich habe mich nie dazu verstehen können, den hierarchischen Gewalten solche Konzeptionen zu machen, welche ihnen ein Uebergewicht über die staatlichen verleihen. Unser Kollege Dr. Niquel hat bereits über den Beratungen des Gesetzes vom 21. Mai 1886 sehr richtig darauf hingewiesen, daß wir in unseren Konzeptionen bereits weit hinter die Grenze zurückgegangen sind, die das katholische Oesterreich festhält, ja alle deutschen Staaten, nicht bloß Oesterreich, auch Bayern, Württemberg, also auch ein protestantischer Staat.

Die Novellengegebung der kirchenpolitischen Gesetze achtet fort auf dem Wege der Enquete. In jeder Session wird eine neue Vorlage von der Regierung gemacht und der Friede immer in entfernter Aussicht gestellt. Es wird nun eine neue Vorlage gemacht, die wesentlich bereits modifiziert, was in der vorigen Novelle gemacht ist, und dann macht, wenigstens seit dem letzten Jahr, unter dem Einfluß des hochwürdigen Bischofs Dr. Kopp die Serrenhauskommission ein neues Gesetz, und wenn sie damit zu Stande gekommen ist, kommt ein großer Unbekannter aus Rom und dann wird wieder über diese Grenze hinausgegangen und die Staatsregierung giebt über die Grenze hinaus nach. Ich würde ganz damit einverstanden sein, wenn wir heute sagen, wir wollen die Kammer, die nur noch von der kirchenpolitischen Gesetzgebung da sind, fortwerfen, wenn Sie uns dann nur eine feste feste Gesetzgebung geben, mit welcher die Staatsgewalt auf die Dauer bestehen kann. Es ist mir ganz gleichgültig, ob Sie das preussische Landrecht, unter welchem wir Frieden gehabt haben zur Zeit Friedrich Wilhelms III., an die Stelle der kirchenpolitischen Gesetzgebung setzen oder das österreichische Gesetz vom 7. Mai 1874 über die Stellung der katholischen Kirche — der Herr Reichskanzler wird wohl nicht behaupten, daß Oesterreich — das überflüssig wird, denn es besteht ja in der Gesetzgebung kein Unrecht, das verlegt werden kann — oder die Gesetzgebung des kaiserlich-königlichen Staats von 1862, die vor allen Dingen sich vor der preussischen Maßregelgebung dadurch auszeichnet, daß sie nicht die Protestanten unter dieselben Bestimmungen stellt, wie die Katholiken. Diesen Hauptfehler der Maßregelgebung haben Sie in alle Novellen mit übertragen. Konkrete Größen wie die evangelische und katholische Kirche kann man nicht mit derselben Schablone messen, da werden immer die Verhältnisse eines Theiles nicht genügend berücksichtigt. Ich habe gestern mit Verwunderung gehört, daß es auf uns Protestanten nicht ankomme. Diese Gesetze gelten ja auch für uns Protestanten. Auf uns Protestanten kommt doch auch etwas an. Mit wem haben Sie denn den Kampf geschlagen und den Sieg gewonnen für die Mithrasheute Seiner Majestät? Sie haben ihn wesentlich mit der protestantischen Bevölkerung geschlagen. Wir haben jetzt nach einem zwanzigjährigen Kampf in meinem heimatlichen Göttingen die feste Burg des Ultramontanismus nur im Gesichtsfeld geküßt. Die katholische Bevölkerung des Göttinger Landes hat seit 1874 mit jeder neuen Wahl, mit jeder neuen kirchenpolitischen Novelle gegen uns mehr Stimmen abgegeben, und das war auch diesmal der Fall. Wir haben aber mit dem Ansehen des letzten protestantischen Mannes — wir haben über 90 Prozent ins Feld geführt — den Sieg errungen. Es kommt denn doch etwas auf die Protestanten an.

Was das Einbürgerrecht betrifft, so hat der Herr Reichskanzler gestern geäußert, er wolle es gern aufgeben. Ich bin der erste gewesen, der hier im Saal von dem „Bischen“ Einbürgerrecht sprach, aber wenn Sie es aufgeben, womit ich ganz einverstanden sein würde, müssen Sie etwas dafür an die Stelle setzen. Geben Sie mir, wie in Ost-Preußen oder in Bayern, die Bestätigung, dann bin ich zufrieden. Es soll ferner vor allen Dingen festgehalten werden an der Aussicht über die geistlichen Orden, damit sie nicht einwirken auf das Volk in staatsfeind-

lichem, reichsfeindlichem Sinne. Ich gebe gern zu, Papst Leo XIII. ist ein Friedenspapst, er möchte den Frieden, soweit ein Papst den Frieden wollen kann — mit einem Verfassungstaat unter protestantischer Dynastie ist für ihn ein voller Friede nicht möglich; mehr als einen Waffenstillstand werden wir nur erlangen können vom Standpunkt der Kurie, wenn wir sämtlich römisch-katholisch geworden sind — ich gebe aber zu, Papst Leo XIII. will einen dem Frieden sich annähernden Waffenstillstand mit dem preussischen Staat schließen, aber die Monarchie, an deren Spitze Papst Leo XIII. steht, ist eine Wahlenmonarchie. Wissen Sie, wer sein Nachfolger sein wird? Es giebt schon heute Leute, die auf den Nachfolger nicht acht nehmen. Auf wen hat denn Papst Leo XIII. Einfluß? Auf das Centrum nicht (Woh!), nein auf das Centrum nicht. Das Centrum ist keine kirchliche Partei, sondern immer eine politische Partei gewesen und der Abg. Windthorst, der sie anführt, ist ein Schismatiker, ein Gallikaner, denn der Satz, daß man dem Papst nur in päpstlichen Dingen zu gehorchen hat, aber nicht in weltlichen, steht in dem ersten Artikel der Gallikanischen Freiheit und diesen Satz haben wir immer in der klerikalen Presse hervorzuheben sehen. Der Klerus hat im Großen und Ganzen gegen die Septennatparteien gekämpft, mit wenigen Ausnahmen, auch die deutschen Katholiken haben massenhaft gegen dieselben gekämpft. Auf den Klerus hat also der Papst keinen Einfluß, auf die preussischen Bischöfe, wie wir gestern gehört haben, zum Theil auch keinen. Auf wen hat er denn Einfluß? Auf eine Anzahl vortrefflicher Offiziere ohne Armee, auf Patrioten, wie die Herren Graf v. Brühl und von Solmayer (Heiterkeit), denen sich noch zwanzig rheinische Ablige angeschlossen haben. Von denen haben sich einige laudabiler dem Gegenpapst Windthorst unterworfen (Heiterkeit). Der Herr Reichskanzler wollte die Waffen nur auf den Feindboden niederlegen, aber wir legen sie nicht auf den Feindboden, denn mit dem Gesetz vom 21. Mai 1886 haben wir sämtliche Vertheilungspunkte aufgegeben. Sie werden mir bezeugen, daß ich bei der Vertheilung der Maßregeln, die ich nicht mitgemacht habe, immer auf der Schiene gestanden habe. Jetzt sollen wir nun entlassen! Und wenn nun neue Kämpfe kommen, was dann? Dann, sagt der Reichskanzler, machen wir neue Gesetze. Das ist in der Zeit des Absolutismus eine einfache Sache gewesen, aber in der heutigen Gesetzgebung mit den parlamentarischen Strömungen ist es schwieriger. Es ist ja charakteristisch für die parlamentarische Gesetzgebung, daß immer die am meisten doctrinär auftretenden, die sich am wenigsten mit dem Gegenstande beschäftigen, (Heiterkeit). Durch die Entlassung schädigen wir das staatliche Interesse für spätere Kämpfe, die nicht ausbleiben werden. Als Protestant muß ich erklären: wir sind durch die geschichtliche Stellung unserer Kirche seit der Reformation angewiesen auf die Anlehnung an die Staatsgewalt. Wir sind stark auf allen Gebieten, nur gegenüber der römischen Kirchengewalt, die uns gegenüber ihr Existenzsprinzip festhalten muß, will die Regierung schwach werden. Ein Hüter, wie Fürst Bismarck, wird im Staube sein, auch ohne Waffen den Feind zu schlagen, aber es werden nach ihm auch schwächere Staatsmänner in Preußen sein, und da kann ich nicht entlassen, ich bin genöthigt, gegen das Gesetz zu stimmen.

Herr von Moltke: Es ist nicht meine Aufgabe, die Regierung gegen den Vorredner zu vertheidigen. Ich erkenne auch dankbar an, daß dieser sich auf einen praktischen Standpunkt gestellt hat. Er meinte, es käme auf die Protestanten etwas an. Gewiß, aber gerade darum, weil die Protestanten etwas zu sagen haben, weil sie stark sind, können sie auch den Katholiken viel einräumen. Daß der Staat mehr einräumen wird, als er entbehren kann, glaube ich nicht; Fürst Bismarck wird dem Staate nicht zu viel entreißen lassen. Herr Professor Bessler hat eine milde Abfertigung bereits gefunden. Was Herrn Strudmann betrifft, so mag er ein sehr guter Redner sein, aber als Staatsmann halte ich doch mehr von dem Fürsten Bismarck. Ein Freund des Kulturkampfes bin ich nie gewesen, und ich freue mich sehr, daß wir jetzt zu einer Einverständigung mit der katholischen Kirche kommen, und daß dieses Haus berufen ist, auf dem Wege des Friedens voranzugehen. Ich glaube, daß die Vorlage der Regierung die richtige Mitte halten zwischen dem, was als Mindest- und als Höchstmaßwährend zu betrachten ist. Die schwierigste Frage ist die der Orden, über welche die verschiedenen Anschauungen herrschen. Ich strebe auf demselben Standpunkte wie Herr v. Kleist-Schom, daß ich die Mithrasheute jenen Orden, welche sich der christlichen Charitas und der Thätigkeit widmen, sehr gern sehe. Was die übrigen Orden betrifft, so liegt allerdings die Befürchtung nahe, daß sie einen Einbruch in das Territorium des Protestantismus versuchen werden. Der Kultusminister sollte erwägen, ob es nicht möglich ist, auch jene Orden, aber unter Kautelen gegen die erwähnte Gefahr, zuzulassen. Ich wünsche, daß die Vorlage angenommen wird und mit möglichster Zustimmung. Es wäre gefährlich, wenn von der einen Seite zu wenig bemerkt, von der anderen exorbitant gefordert würde. Die Annahme der Vorlage ist notwendig, denn ich glaube, jede Wunde, die einer christlichen Kirche geschlagen wird, trifft auch den Staat. Darum bitte ich Sie, uns gegenseitig entgegenzukommen. (Beifall.)

Graf Bötticher: Es ist mir ein Bedürfnis, während mir früher im Kampfe manches harte Wort entfallen ist, jetzt dem Reichskanzler meinen Dank für sein Vorgehen auszusprechen. Auch zu dem Kultusminister hege ich das vollste Vertrauen, und wenn er auch 50 Jahre auf seinem Posten bliebe, so bräuteten wir gar keine Gesetze wie dieses. Man fürchtet von den Bischöfen vielfach, daß sie äußeren Einflüssen zu sehr nachgeben würden. Ich meine aber, die Bischöfe, die gegen die unerschütterlichen Forderungen des Staates so mühsam auftraten, werden auch unerschütterlichen äußeren Einflüssen zu widerstehen wissen. Herr Bessler hat gewürdigt, daß der Friede ein ehrenvoller sei. Nun, ein Friede mit seiner Macht, die keinen Soldaten ins Feld stellen kann, die nur eine geistige ist, ist stets ehrenvoll, wie es im Kriege geschieht, stets zu überwiegen suchen; ich wünsche den Frieden im beiderseitigen Interesse, und darum bitte ich Sie um möglichst weites Entgegenkommen. (Beifall.)

Oberbürgermeister Dr. Niquel: Auch die Gegner der Vorlage der Staatsregierung, die größtentheils meine politischen Freunde sind, erkennen es an, bezeugen sogar und suchen zu beweisen, daß die Maßregeln heute Trümmer seien, daß der heute vorliegende Zustand ein untragbarer sei. Dann frage ich die Herren, was wollen Sie an die Stelle setzen? Auch die Gegner sagen, wir wollen Frieden haben mit der Kirche, wir finden den politischen Zustand in Deutschland, die Gegenständigkeit der Konzeptionen, die Vertheilung bedenklich und gefährlich, wir sind bereit, Frieden zu schließen. Sie sagen uns aber nur das, was sie nicht zugeben wollen, sie geben uns keinen Fingerzeig über das, was sie zugeben wollen, um den Frieden zu erlangen. In der That, es muß doch jeder Unbefangene zugeben, was es mit seinen subjektiven Gründen übereinstimmen oder nicht, daß die Maßregeln ihren Zweck nicht erreicht haben, daß das öffentliche Interesse des preussischen Staates, des deutschen Reiches wie der Kirche dahin geht, in dieser Beziehung Wandel zu schaffen. Es sind doch nur noch sehr wenige da, die behaupten, daß an unserem Mißverhältnis der Inhabit der Geleise keine Schuld trage, sondern die Art der Handhabung. Aber selbst diejenigen, die die Schuld auf die Art der Staatsregierung schieben, müssen doch zugeben, daß sie mit dieser einmal vorhandenen Thatsache zu rechnen haben. (Sehr richtig.) Es fragt sich nun, auf welchem Weg wollen die Herren und führen? Wenn sie uns mit Sicherheit angeben können,

daß mit weniger Konzeptionen seitens des Staates der Friede erreicht werden könnte, ja, dann würden viele ihnen gern folgen. Sie scheinen mir aber zu vergessen, daß, wie die Dinge einmüthig liegen, wir den Frieden nur erreichen können durch einen Vergleich zwischen Staat und Kirche. Bei diesem Vergleich muß im einzelnen jeder Theil Konzeptionen machen, und ob er den Vergleich abschließen will, kann nur davon abhängen, ob er die Thatsache eines Vergleiches höher erachtet und werthvoller als die Nachgiebigkeit bei einzelnen Konzeptionen. Ich stehe nun nicht auf dem letzteren Standpunkte, ich sage: die Thatsache eines Vergleiches zwischen Staat und Kirche in der gegenwärtigen Lage ist mir so werthvoll, daß ich bereit bin, in einzelnen nachzugeben. (Beifall.)

Die Gegenstände, an denen wir in Deutschland leiden, sind nicht durch die Maßregeln entstanden, sie sind durch dieselben nur verschärft worden, während wir geglaubt haben, sie brechen zu können. Diese Gegenstände sind uralten Datums und werden auch nicht durch die Befestigung der Maßregeln — darüber darf man sich keine Illusionen machen — von heute auf morgen wieder verschwinden. Sie beruhen auf einer dreihundertjährigen Geschichte unseres Vaterlandes und können erst allmählig, ganz langsam, Schritt vor Schritt mildert werden, bis sie schließlich hoffentlich ganz verschwinden. Hier aber thun wir zur rechten Zeit einen großen Schritt, um dieses Nationalbedürfnis zu fördern und in seiner Entwicklung zu stärken (Beifall). Ich erwarte es doch als eine große Sache, daß wir heute eine Leitung der katholischen Kirche haben, welche offen und bestimmt die Stärkung des deutschen Reiches, die Befestigung des Friedens innerhalb seiner Bevölkerung zugleich für ein wesentliches Interesse der katholischen Kirche erklärt. Ein solcher Fall ist meines historischen Wissens seit der Reformation nicht dagewesen.

Welche Wirkungen momentan diese Haltung der römischen Kurie und ihres weissen Leiters hat, darüber kann man verschiedener Ansicht sein, nicht aber darüber, daß die Wirkung unter allen Umständen eine sehr bedeutende werden muß. Wenn darauf hingewiesen ist, daß die Einwirkung des Papstes bis jetzt doch gar keinen sichtbaren Erfolg gehabt hat, so kann ich dies zwar nicht zugeben. Wenn ich es aber zugeben müßte, so würde es mir doch noch nicht viel beweisen. Ich bin der Ueberzeugung, daß, wenn diese Haltung der obersten Leitung der römischen Kirche, der offiziellen Vertretung der Kirche längere Zeit durchgeführt wird, dies schließlich eine ganz entscheidende Wirkung auf die Stimmung, die Sympathien und Antipathien der katholischen Bevölkerung haben wird und haben muß. (Zustimmung.) Aber das bestreitet der Feind nicht die katholische Kirche und ihren gewaltigen Einfluß auf die gläubigen Katholiken (Zustimmung). Schließlich kann aber auch die Erwägung der Befürchtung, daß möglicher Weise diese Politik der römischen Kurie keine dauernde sein würde, sondern sich einmal wieder ändern könnte, nicht viel ins Gewicht schlagen. Freilich in dem großen Kampfe zwischen Kaiser und Kirche haben wir schon viele Phasen gesehen, aber es kann der einfache Satz des Reichskanzlers nicht widerlegt werden: „Man muß so handeln, wie es die Gegenwart erfordert und gebietet und das Weitere abwarten.“ Es ist denkbar, daß wir einmal wieder zu einer anderen Haltung gedrängt würden, aber die Zeit ist doch jetzt nicht da, und danach haben wir heute nicht zu handeln. Nun sage ich aber weiter: ich sehe mein Vertrauen nicht bloß auf die Person des gegenwärtigen Oberhauptes der katholischen Kirche, sondern ich bin der Meinung, daß die Gesamtweltlage sich so gestaltet hat, daß das Haupt der katholischen Kirche das höchste Interesse daran hat, sich gut zu stellen mit dem deutschen Reich. (Zustimmung.) Da ich aber aus der Geschichte weiß, daß die Leiter der katholischen Kirche das Interesse ihrer Kirche sehr richtig beurtheilen, so nehme ich an, daß auch selbst den Nachfolger, wenn er auch persönlich einen so friedlichen Sinn hätte, diese gesamte Weltlage bewegen würde, eine gleiche Politik fortzusetzen; wenigstens wenn man überhaupt politisch prophesieren will, halte ich dieses für das Wahrscheinlichste.

Wenn man nun die Lage so betrachtet, wenn man sagt: ohne Konzeption seitens des Staates gegenüber den Maßregeln, die ohne hin vielfach in einzelnen Beziehungen fehl greifen, in anderer Beziehung Kampffolge waren, ist das große Ziel einer Verhinderung der katholischen Bevölkerung, eines Zusammengehens zwischen Staat und Kirche nicht zu erreichen, so glaube ich, daß man nicht hängen bleiben an einzelnen subjektiven Abneigungen gegen einzelnen Paragraphen und einzelne Konzeptionen. (Sehr richtig.) Das führt nun aber allerdings nicht dahin, daß ich sage: wir müssen alles einräumen, was der andere Theil fordert. Auch die katholische Kirche hat das höchste Interesse, sich in möglichem Grade gegenüber. Sie muß einen dauernden Frieden wollen. Würde der Friede unter der Gunst politischer Konzeptionen in einer Weise geschlossen, daß er die tiefste und dauerndste Zustimmung in der protestantischen Bevölkerung erweckte, würde er im Bewusstsein eines Nichtbestehens des deutschen Volkes nur ein vorübergehender Akt sein, abgesehen durch ungünstige Verhältnisse dem preussischen Staat, so würde auch den Interessen der katholischen Kirche in keiner Weise entsprechen. (Sehr wahr!) Beide Theile haben hier das große Interesse, Frieden zu schließen, der, wenn er auch viele einzelne Wünsche nicht befriedigt, doch im Großen und Ganzen als dauernde Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in friedlicher Weise von der gesamten Bevölkerung angesehen wird. (Sehr wahr!) Ich halte nun beispielsweise im Gegensatz zum Reichskanzler die Pflicht der Anzeige auf der einen und das Recht des Einspruchs auf der anderen Seite für ein sehr wichtiges. Dieses Recht und diese Pflicht resultiert aus der öffentlich rechtlichen Stellung der katholischen Kirche. Wenn die katholische Kirche vom Staat völlig getrennt wäre, wäre natürlich diese Regelung der Sache völlig sinnlos. Wenn es sich aber handelt um eine anerkannte Kirche mit öffentlichen Rechten und Pflichten, so ist es ganz naturgemäß, daß diejenigen Geistlichen, welche eine dauernde Stellung bekleiden, welche berufen sind, beispielsweise als Beauftragte des Kirchenvorstandes wichtige vermögensrechtliche Funktionen auszuüben, die zweifellos das Interesse des Staates im höchsten Grade betreffen, in diese Stelle gesetzt werden nicht gegen Widerspruch des Staates. Andererseits ist nach meiner Meinung diese Anzeige und die darauf folgende Verhandlung zwischen Kirche und Staat durchaus dem Interesse der Kirche nicht zuwider; es ist vielmehr dies das äußere Zeichen ihrer öffentlichen rechtlichen Stellung im Staat. Freilich, dieses Recht kann, wie alle diskretionären Rechte, mißbraucht werden auf der einen, wie auf der anderen Seite. Alle diese Rechte, namentlich solche, die das Verhältniß zwischen Staat und Kirche regeln, können nur in sehr vorsichtiger, decenter Weise ausgeübt werden. Man darf nicht weiter gehen, als das beiderseitige Interesse unbedingt verlangt. Wird die Grenze überschritten, dann kommt allerdings Krieg und dann wird auch das Einspruchsrecht des Staates befristet werden. So lange aber beiderseits ein friedliches Verhältniß da ist, kann aus dem Einspruchsrecht und seiner vorsichtlichen Handhabung nach meiner Meinung ein neuer prinzipieller Streit zwischen Kirche und Staat nicht wieder hervorgehen.

Es ist nun verlangt worden, man soll auf das protestantische Gesetz eine sehr entscheidende Rücksicht nehmen. So ausgedrückt würde ich auch diesem Verlangen nicht nachgeben; im Gegentheil, wir vertreten einen paritätischen Staat mit voller Glaubens- und Gewissensfreiheit. Wir haben nicht die Frage zu entscheiden, ob von unserem konfessionellen Standpunkt aus irgend eine Einrichtung der andern Konfession uns unangenehm oder unbecommt ist, selbst nicht, ob sie uns gefährlich scheint im freien Wettbewerb der Konfessionen, sondern wir haben bloß die Frage zu entscheiden, ob solche staatlichen Einrichtungen bestehen oder er-

halten bleiben, welche dem Staat es ermöglichen, seine wesentliche Aufgabe als Vermittler zwischen den Konfessionen, als Sicherer der konfessionellen Freiheit und der Gewissensfreiheit zu erfüllen. Ich kann mich beispielsweise lebhaft hinstellen in die Gefühle dieser Protestanten, denen es sehr widerstrebt, daß ein Theil der Orden zurückkehren soll. Ich kann mir denken, daß es Protestanten giebt, die sich dadurch schwer betroffen fühlen, aber derartige Gefühle vom Standpunkt der Konfession dürfen gar keinen Einfluß haben — dann trete ich dem Reichskammer bei — auf die Entscheidung der Frage, ob die Rückzulassung der Orden den Frieden im Lande gefährdet und die Gegenständlichkeit der Konfessionen in einer solchen Weise nothwendig verschärfen muß, daß dieser Friede dauernd nicht aufrecht erhalten werden kann. Nicht unsere Sache ist es zu entscheiden als Protestanten, ob die Katholiken Recht haben, wenn sie die Zurückführung der Orden als ein Erforderniß ihrer Kirche bezeichnen. Das ist lediglich Sache der katholischen Kirche. Wir haben nur zu fragen, welche Rückwirkung hat dies auf das politische-konfessionelle Verhältniß, wenn ich so sagen darf, der Bevölkerung Deutschlands untereinander. Es ist ein Wort von mir aus der vorigen Session citirt worden, wo ich darauf hingewiesen habe, daß wir in der Revision der Majestät schon in einigen Punkten weiter gegangen sind, wie selbst katholische Staaten. Das mag sein, das ist richtig; auf der anderen Seite aber muß auch wohl erwogen werden, daß die katholische Kirche nicht unbegründete Veranlassung hat, in unserem Staat mehr Garantien zu fordern, als in einem rein katholischen Staat, und daß sie schärfere Staatsrechte in einem katholischen Staat eher ertragen kann und dieselben dort weniger zu Misstrauen und Streitigkeiten Veranlassung geben, wie in protestantischen Staaten. Dennoch bin ich der Meinung: wenn ich mir die Gesamtheit aller Rechte, die dem preussischen Staat noch bleiben, ansehe, dann muß ich erlennen, daß wir doch noch weitere Rechte behalten, als wir sie in der Zeit von 1848 bis 1873 besaßen, und ich muß weiterzugeben, daß, wenn auch in einzelnen Bestimmungen allerdings die äußerste Grenze erreicht ist, doch dem Staat noch sehr wichtige Hoheitsrechte geblieben und rein unentbehrliche nicht genommen sind.

Man hat nun, anscheinend mit Recht, gefragt: wenn wir diese Vorlage beschließen, haben wir dann wirklich Frieden? Diese Frage mußte ich in der letzten Verhandlung hier im Reichshause verneinen und ich habe in Folge dessen damals gegen die Resolution stimmen müssen, weil ich keine klare Gegenleistung der Kurie, keine feste Zusage der Einsprüche, der Gewährung der Anzeigepflicht, sah. Heute liegt die Sache anders. Ein Einspruchsrecht ist wenigstens für die feste Befestigung der Pfarren klar und bestimmt zugesprochen. Heute liegen eine Reihe von Akten der obersten Leitung der katholischen Kirche vor, die ihren unumwundenen Entschluß, wenn irgend möglich den Frieden herzustellen, klar bezeugen. In dieser Beziehung liegt also heute die Sache ganz anders, wie damals, und ich bin entschlossen, von Einzelheiten abzugeben und heute im Großen und Ganzen für die Vorlage zu stimmen (Beifall).

Haben wir dann den Frieden? Das ist allerdings die Frage, die auf aller Lippen ist. Viele von meinen politischen Freunden würden — dessen bin ich sicher — vollkommen bereit sein, so weit zu gehen, wie ich, wenn sie die Gewissheit hätten, damit ist der Friede gesichert, daß Revisionen hört auf, nun haben wir einen so weit wenigstens gesicherten Rechtszustand. Ich habe auch sehr genau auf die Worte geachtet, die der Herr Bischof in dieser Beziehung gesprochen hat. Ganz bestimmte Klarheit habe ich in denselben nicht gefunden. Ich nehme aber doch an — und ich bin sogar davon überzeugt — daß er kaum mit Widerspruch wird, wenn ich sage, daß nach Annahme dieser Vorlage die römische Kirche und ihr Leiter den dann vorhandenen Zustand der Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat für einen befriedigenden erklären wird (Zustimmung), und folglich der Kampfszustand, die Organisation des Kampfes, um noch mehr zu erreichen, aufhören muß; das schließt nicht aus, daß ja wohl noch einige Wünsche da sind. Man wird die Erfüllung derselben aber dann doch wenigstens von dem guten Willen der preussischen Staatsregierung und der preussischen Landtags erwarten und wird das Bestreben aufgeben, eine Zwangsituation herbeizuführen durch Organisation des Kampfes. Von dieser Erwartung gehe ich aus; täusche ich mich darin, so bin ich ben getäuscht. Ich finde aber richtig, ist diese Erwartung in sich begründet, dann allerdings ist dieser Schritt für unser Vaterland ein sehr bedeutender und man ist dann allerdings berechtigt, über einzelne Bedenken sehr wohl hinwegzugehen.

Man hat dann weiter sich darüber beklagt, daß zuerst eine Vorlage verabschiedet wird, ein materielles Einverständnis zwischen Regierung und Kurie über eine Vorlage herbeigeführt wird und dann doch noch wieder in der Kommission Erweiterungen beantragt werden und man hindern will noch nicht einmal mit den Ergebnissen der Kommissionsverhandlungen einverstanden ist, sondern im Altem durch Entwürfe noch mehr zu erreichen sucht. Ich glaube, wir dürfen uns nicht auf den Boden stellen, daß, nachdem die Staatsregierung und erklärt hat: diese Vorlage ist im Einkommen mit dem wünschlichen Inhalt gemacht, in dieser Vorlage das Bestreben einer weiteren Revision der Majestät, welches die Regierung bei den letzten Verhandlungen gab, voll und ganz erfüllt ist und die Revision der römischen Kirche in Bezug hierauf nichts mehr schuldig ist. Daher müssen wir auch erwarten, daß, wenn die Regierungsvorlage im Wesentlichen angenommen wird, der von mir vorher bezeichnete befriedigende Zustand erreicht wird. Ich glaube daher nicht, daß zu diesem Behuf es nothwendig ist, die Amendements des hochwürdigsten Bischofs Kopp anzunehmen. In der Spezialdiskussion werde ich vielleicht Gelegenheit nehmen, dies weiter auszuführen. Hier will ich nur einschalten, daß die Formulierung des Einspruchsrechts, welche dahingehen, daß niemals wegen einer Handlung, welche nicht die Ueberschreitung eines Rechts enthält, Einspruch erhoben werden dürfte, einer völligen Beilegung des Einspruchsrechts des Staates gleichsteht. Dann können wir lieber gleich ohne Weiteres darauf verzichten, denn das wäre nur die Aufhebung einer Ausübung dieses Einspruchsrechts. Derartige Amendements sind unannehmbar. Es würde dadurch nur eine Zuhaltung an die Stelle des wahren Sachverhalts gesetzt werden. Für sehr bedenklich halte ich auch den Antrag — und werde ich nicht dafür stimmen —, daß das Verbot der Sakramentspenden unbedingt gestrichelt ist auch solchen Orden, die aus Deutschland ausgeschlossen sind. Wenn im Meßessen und Sakramentspenden im Wesentlichen, abgesehen von der Bede, die gesammte Tätigkeit eines katholischen Geistlichen oder eines Ordensmitgliedes liegt, so ist es doch bedenklich, dies einem Mitgliede eines nicht zugelassenen Ordens zu gestatten. Es können da sehr leicht unangenehme Konflikte entstehen. Ein Bedürfnis ist auch dazu für die Katholiken nach meiner Meinung nicht vorhanden. Ich gebe dem Herrn Bischof an, daß die Lösung der Ordensfrage in dem von ihm gewählten Sinne den Interessen der Kirche selbst mehr entspricht als die Zulassung der Orden nach vorangegangener Kommunikation mit der Staatsregierung unter der dann vorhandenen Sicherheit, daß man nicht indirekt und hinterher die Einführung der betreffenden Orden unumgänglich machen wird durch Verbot der Niederlassungen. Ich gebe ihm anheim, zu erwägen, ob er ein wirklich friedliches Verhältniß zwischen Staat und Kirche herstellt, indem er durch seinen Antrag den Staat in einzelnen Fällen zu einem Verbote zwingt, oder ob es nicht richtiger ist, in Kommunikation mit der Verwaltung sich ein Einverständnis in Bezug auf den einzelnen Fall vorher zu sichern. Ich glaube, diese Amendements brauchen nicht angenommen zu werden, ihre Annahme würde sogar bedenklich sein.

Ich komme zum Schluß. Ich behalte mir das Einzelne für die Spezialdiskussion vor, im Großen und Ganzen aber halte ich diese Vorlage für den Abschluß des Revisionwerkes, ich halte diesen Beschluß und den damit herbeigeführten Frieden für eine Wohlthat für unser Vaterland. Die Folge davon wird hoffentlich eine allmähliche Beruhigung der Bevölkerung und die Beilegung der Gegensätze sein, unter denen unser Vaterland leidet. Ich halte diese Folgen für so werthvoll, daß ich bereit bin, im einzelnen Falle bezüglich der Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit einzelner Bestimmungen meine subjektive Meinung zurücktreten zu lassen. (Beifall).

Herr v. Landsberg: Ich bin zu einigen kurzen Worten genöthigt, um die Vorrede, der ich im Reichstags angeschlossen, zu ver-

theiligen. Es wäre mir sehr, aus der Geschichte der letzten Jahre nachzuweisen, daß die Vorwürfe, die dem Centrum gemacht werden, ganz unbegründet sind. Ich gehe darauf nicht näher ein, um die Stimmung für das Gesetz, dessen Zustandekommen ich sehr wohl wünsche, nicht zu verderben, und begnüge mich damit, die Vorwürfe gegen meine Partei entziehen als auf irrigen Voraussetzungen beruhend zurückzuweisen. Angenehm will ich der Regierung und insbesondere dem Ministerpräsidenten meinen Dank für die Einbringung dieses Gesetzes aussprechen. Ich bin überzeugt, daß mit demselben der kirchliche Friede im Lande hergestellt werden wird, und ich glaube, daß dies auch die Ueberzeugung des heiligen Vaters ist. Kreilich wird es dazu wohl nöthig sein, die Amendements des Bischofs Kopp anzunehmen, und es freut mich, daß der Ministerpräsident gestern diesen befürwortet hat (Widerpruch), wenigstens theilweise (Widerpruch). Ich bitte Sie deshalb um Annahme der Vorlage und der Anträge des Bischofs Kopp.

Graf von Bieten-Schwerin tritt den Ausführungen des Herrn von Bismarck bezüglich des Verhältnisses der evangelischen zur katholischen Kirche entgegen; man dürfe nicht übersehen, daß die letztere über ganz andere Machtmittel verfüge als die protestantische, und nach Beendigung des Kulturkampfes über noch größere verfügen werde. Es müsse konstatiert werden, daß Bischof Kopp sich noch nicht darüber erklärt habe, ob mit Annahme der Vorlage der Friede hergestellt sei. Trotzdem will Redner für die Vorlage, wie sie aus der Kommission herbeigekommen sei, aber gegen die Anträge des Bischofs Kopp stimmen. Zu bedauern sei, daß die Regierung nun aber den Anträgen auf größere Freiheit für die evangelische Kirche sich ablehnend entgegenstelle. Habe sie doch im vorigen Jahre sogar bei Beratung der bezüglichen Anträge das Haus verlassen, als ob die evangelische Kirche der Beachtung nicht werth sei. Die evangelische Kirche stehe der katholischen mit gebundenen Händen gegenüber, und darum müsse auch ihr größere Freiheit gewährt werden.

Herr von Mantensfelld möchte gegenüber den Bemerkungen des Vorredners nicht die Meinung aufkommen lassen, als ob man für die Vorlage stimme, damit auch die Katholiken für den Antrag des Herrn von Kleist-Mekow stimmen. Eine solche do ut des-Politik wolle er nicht. Das Gefühl, daß die evangelische Kirche jemals der katholischen mit gebundenen Händen gegenübergestanden, habe er nicht, wie er überhaupt keine Furcht vor der katholischen Kirche. Wie sie aus den Worten des Vorredners hervorleuchte, könne. Day die letztere nach Beendigung des Kulturkampfes mächtiger werden würde, glaube er nicht; denn der Kulturkampf habe sie nicht gebrochen, sondern gelähmt. Den Streit mit der katholischen Kirche scheue er nicht, aber es solle ein Wettstreit in guten Werken sein. (Beifall).

Graf von Bieten-Schwerin (persönlich) erwidert, daß er nicht eine do ut des-Politik verlangt habe.

Nach einem Rückblick auf die bisherigen Debatten seitens des Referenten Wands wird die Generaldiskussion geschlossen.

Zu Art. 1 (Bischofsseminare in Emden und Danabück) betont Bischof Kopp: Die Staatsregierung hat den Wünschen des heiligen Vaters auf Erlangung weiterer Seminare in entgegenkommender Weise mit diesem Artikel entsprochen, und ich bitte Sie daher, denselben anzunehmen.

Artikel 1 wird genehmigt.

Art. 2 handelt von der Abänderung der auf die Anzeigepflicht bezüglichen Bestimmungen und lautet § 1:

Die Verpflichtung der geistlichen Oberen zur Benennung der Kandidaten für ein geistliches Amt, sowie das Einspruchsrecht des Staates werden für die Bestellung des Verwesers eines Pfarramtes (Administrators, Provisors etc.) aufgehoben.

Hierauf beantragt:

1) Graf v. Bismarck-Erich: Die Verpflichtung der geistlichen Oberen zur Benennung der Kandidaten für ein geistliches Amt, sowie das Einspruchsrecht des Staates werden für die Bestellung des Verwesers eines Pfarramtes (Administrators, Provisors etc.) unter der Voraussetzung aufgehoben, daß die Dauer der Administration einen Zeitraum von 6 Monaten nicht überschreite. Der Oberpräsident ist ermächtigt, in Ausnahmefällen eine Nachfrist von 3 Monaten zu gewähren.

2) Bischof Dr. Kopp: Dem § 1 folgende Bestimmung als Absatz 2 hinzuzufügen:

Das Einspruchsrecht gilt fortan nur für die dauernde Uebertragung eines Pfarramtes.

Graf v. Bismarck-Erich will mit seinem Antrage eine Pöde der Vorlage ausfüllen. Derselbe werde bewirken, daß die dauernde Uebertragung der Pfarren und damit das Einspruchsrecht nicht dadurch umgangen werde, daß nur amovible Pfarren provisorisch angestellt würden.

Dr. Miquel: In Betreff der Sukkussalfarrier entnehme ich dem Bericht, daß die Regierung diese Pfarren für definitiv angestellt ansehe. Was also über die definitiv angestellten Pfarren im Gesetz vorgeschrieben ist, muß auch für die Sukkussalfarrier gelten. Das ist aber Sache der Exekutive, der Ausführung des Gesetzes und kümmert uns hier vorläufig nicht. Wir ist aber nicht ganz klar, wie thatsächlich der Pfarrenverweser sich von demjenigen Hülfsgeistlichen unterscheidet, der fungirt an Stelle eines zur Zeit nicht vorhandenen Pfarrengeistlichen. Ein Hülfsgeistlicher, der neben dem Pfarrengeistlichen steht, ist zu unterscheiden von dem Pfarrenverweser, der nicht als Administrator einer Pfarre bezeichnet ist, sondern als Hülfsgeistlicher, neben sich aber und über sich einen Pfarren nicht hat. Ob der nicht ohne Weiteres den Charakter eines Pfarrenverwesers annimmt, darüber erbitte ich mir Aufklärung. Auch nach kanonischem Recht sollen die Pfarren in der Regel innerhalb 6 Monaten definitiv besetzt werden, die Administration einer Pfarre durch einen nicht definitiv angestellten Pfarren soll also nicht länger als 6 Monate dauern. Wenn die Kirche die Möglichkeit hat, durch Befestigung der Pfarren mit Hülfsgeistlichen dieselben Zwecke zu erreichen, so scheint es mir auch für sie unbedenklich zu sein, das Amendement des Grafen Bismarck anzunehmen, zumal wir ja zum Frieden gelangen. Die Regierung hat andererseits ein Interesse daran, daß nicht die Funktionen eines Pfarrers ausschließlich der öffentlichen, in das Staatsgebiet eingreifenden Befugnisse durch einen Pfarrenverweser verwaltet werden können, ohne daß Einspruch dagegen erhoben werden kann. Dadurch würde thatsächlich das Einspruchsrecht vollkommen umgangen werden. Es wird daher zweckmäßig sein, das Amendement anzunehmen.

Bischof Dr. Kopp: Die Verhandlungen zwischen der Staatsregierung und dem heiligen Stuhl sind immer von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Anzeigepflicht nur für Pfarren bewilligt werden solle, und dies habe ich auch in meinen Anträgen zum Ausdruck gebracht. Die Stellung der Sukkussalfarrier ist nach meiner Meinung ohne Noth in die Diskussion gezogen worden. Es handelt sich hier nur um eine quæstio facti: Sind die Sukkussalfarrier wirkliche Pfarren oder nicht, fallen sie also unter die Anzeigepflicht oder nicht? Das ist eine Frage, die von der Kirche zu entscheiden ist und nicht in das Gesetz gehört. Bezüglich des Amendements Rothkirch bemerke ich, daß auch die Bischöfe von Köln und Trier das lebhafteste Interesse haben, daß diese Frage geordnet wird, und es wird in kurzer Zeit geschehen. Ich habe deshalb bedauert, daß Herr Straußmann gestern so sehr gegen diese beiden Herren vorgegangen ist. Es würde mir sehr lieb sein, meine Kollegen zu rechtfertigen, ich halte es aber hier nicht für zweckmäßig, bin jedoch bereit, Herrn Straußmann privatim alle Anstalten zu geben, die ihm eine andere Uebersetzung verschaffen wird. Das Amendement Rothkirch ist ganz überflüssig, denn nach kanonischem Recht müssen alle Pfarren binnen 6 Monaten besetzt werden. Zu den Bischöfen und dem heiligen Stuhl können Sie das Vertrauen haben, daß sie den Rechtszustand, der jetzt geschaffen wird, in loyaler Weise ausführen werden. Und wenn ein Bischof seiner Pflicht nicht nachkommen sollte, so wird der h. Stuhl selbst eingreifen. Allerdings kann die Unmöglichkeit eintreten, die Differenzen, welche zwischen der Regierung und einem Bischofe bestehen, binnen 6 Monaten zu beseitigen, aber da müssen Sie das Vertrauen zu den Bischöfen und zum heiligen Stuhl haben, daß sie loyal verfahren werden.

Kultusminister Dr. v. Goltz: Ich möchte nicht empfehlen, den Antrag Rothkirch anzunehmen. Was der Antrag erreichen will, wird nicht erreicht. Die Frage, ob Sukkussalfarrier wirkliche Pfarren sind, ist vom heiligen Stuhl, von den Bischöfen, von der Staatsverwaltung und von allen Vertretern des Centrums bestritten worden, auch schon im Jahre 1873 von dem Abg. v. Mallinckrodt.

Was soll bei Annahme des Antrags des Grafen Rothkirch werden, wenn die sechs und dann die drei Monate verlossen sind? Der Staat könnte nur Klage erheben vor der Oeffentlichkeit und der Kurie: wir hätten ein Machtmittel, welches auszuüben wir nicht in der Lage wären. Die Frage des Herrn Miquel, was unter einem Pfarrenverweser verstanden werden soll, kann ich dahin beantworten, daß Pfarrenverweser derjenige ist, der ein erledigtes Pfarramt nach allen Seiten hin vertritt. Der Antrag des Bischofs Kopp will den 4 nicht beilegen, sondern nur das darin negative Besagte noch einmal positiv ausdrücken. Er will damit feststellen, daß das Einspruchsrecht bei provisorischer Befestigung der Pfarren nicht bestehen soll; daß aber die Anzeigepflicht auch für diese bestehen bleibt, auch nach seinem Antrage, wird er wohl nicht befehlen. Ich überlasse Ihnen also, ob Sie den Antrag des Bischofs Kopp annehmen wollen: ich sehe darin keinen Vortheil und keinen Nachtheil. Den Antrag des Grafen Rothkirch bitte ich ich aber abzulehnen.

von Kleist-Mekow spricht sich gegen den Antrag des Grafen Rothkirch, aber für den des Bischofs Kopp aus, nach der ausdrücklichen Erklärung des letzteren der Antrag nur eine reaktionelle, nicht eine materielle Aenderung wolle.

Graf v. Bismarck-Erich tritt dem Antrage des Bischofs Kopp, auf dessen Annahme in Rom Werth gelegt werde.

Hierauf wird der Antrag des Grafen Rothkirch abgelehnt, § 1 mit dem Zusatz des Bischofs Kopp angenommen.

Dem § 1a (Geltendmachung des Einspruchsrechts) beantragt Bischof Kopp folgende Fassung zu geben:

An die Stelle der Vorbestimmung des § 16 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 von Nr. 2 ab tritt folgende Bestimmung:

Wenn der Angeklagte aus einem ersten und wichtigen Grunde, welcher dem bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Gebiete angehört und nicht von der rechtmäßigen Erfüllung eines bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Rechts oder der Erfüllung einer kirchlichen Antspflicht hergenommen werden darf, für die Stelle nicht geeignet ist. Die Thatfachen, welche den Einspruch begründen, sind festzustellen.

Die geprüften Thatfachen sind ein Zusatz der von der Kommission beantragten Fassung.

Bischof Dr. Kopp: Ich habe meinen allerdings etwas weitgehenden Antrag wiederholt, um, wie ich schon gestern sagte, die vorhandenen Befugnisse der katholischen Bevölkerung zu ver sichern. Ich theile nun nicht die Befürchtungen, als ob nach Annahme meines Antrags das Einspruchsrecht aufgehoben sei: aber ich gebe zu, daß es allerdings ein großes Vertrauen für die katholischen Bischöfe verlangt. Indessen gebe ich Ihnen das Wort, daß die Bischöfe dies Vertrauen zu verdienen wissen werden. Ich bin überzeugt, der Friede wird hergestellt werden, wenn Sie meinen Antrag annehmen; denn er wird zur Beruhigung des Klerus und damit des katholischen Volkes beitragen.

Oberbürgermeister Miquel: Ich bedauere, dem Antrage des Bischofs Kopp diesmal ganz entschieden entgegenzutreten zu müssen. Das Einspruchsrecht der Regierung ist nothwendig ein diskretionäres. Wir sind den Wünschen der katholischen Kirche in Bezug auf das Einspruchsrecht weit entgegen gekommen, wir haben die provisorisch angestellten Geistlichen von demselben ausgenommen und so dafür gesorgt, daß eine Selbstvergessenheit nicht vorkommen kann. Um so mehr ist es nothwendig, daß das Einspruchsrecht auch einen wirklichen Inhalt habe. Ich verstehe die Befürchtungen des Klerus, die sie aus dem hoffentlich verflochtenen Streitigkeiten schöpfen. Aber eine gedehnte Ausübung des Einspruchsrechts ist überhaupt nur denkbar, wenn zwischen Staat und Kirche ein Einverständnis besteht. Die Geistlichkeit muß also auf die lokale Ausübung des Einspruchsrechts seitens des Staates dasselbe Vertrauen haben, wie wir es den Bischöfen entgegenbringen. Von dem Antrage des Bischofs Kopp liegen sich also höchstens die Worte „und nicht von der rechtmäßigen Erfüllung eines bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Rechts“ annehmen, weil sie etwas in dieser Allgemeinheit nach meiner Ansicht Selbstverständliches verlangen; am besten wäre es aber und redaktionell am richtigsten, wenn wir das Amendement ablehnen und den Paragraphen in der Fassung der Kommission annehmen.

von Kleist-Mekow bekämpft ebenfalls den Antrag Kopp. Der Bischof Kopp hat nicht erklärt, daß dieser Antrag in Rom für unumgänglich nothwendig gehalten wird, sondern nur auf die Beunruhigung des Klerus hingewiesen. Aber welcher Grund zur Beunruhigung kann bei der milden Anwendung des Gesetzes seitens der Regierung vorliegen? Zudem ist doch zu bedenken, daß das Einspruchsrecht der Anzeigepflicht der ganzen Debatte im vorinen Jahre gewesen ist. Das Einspruchsrecht würde aber durch Annahme des Antrags Kopp vollständig illusorisch gemacht werden.

Kultusminister Dr. v. Goltz: Das Amendement des Bischofs Kopp ist nicht unannehmbar, aber seine Annahme wäre unbequem und würde das Zustandekommen des Gesetzes in diesem und noch mehr dem anderen Hause erschweren. Der Antragsteller hat selbst die lokale Ausübung des staatslichen Einspruchsrechts anerkannt, und das Oberhaupt der katholischen Kirche hat sich mit der Fassung der Regierungsvorlage und noch mehr der Kommissionsvorlage einverstanden erklärt. Daß im Klerus, besonders dem niederen, unbegründete Befürchtungen bestehen, als solle die Kirche in die Anechtung des Staates getrieben werden, ist richtig, und erst heute noch sind mir Stellungsaufstellungen zugesandt worden, welche dies aus sprechen. Aber wir haben uns mit einem nicht sehr weitgehenden Recht begnügt; in Bayern z. B. ist bei Ausübung des Einspruchsrechts eine Begründung desselben überhaupt unterlag worden. Eine Bestimmung, wie sie uns hier vorgeschlagen wird, hat nirgends ihr Vorbild, und ich möchte dem Bischof Kopp vorhalten, daß sein Antrag gerade an dem Fehler leidet, den man immer den Majestäten vorgeworfen hat, nämlich an einer viel zu großen Verallgemeinerung. Sie würden mit dem Antrage eine Anzahl von Fingergeln in das Gesetz legen, welche wohl das Vertrauen zu den Bischöfen zu erschüttern geeignet wären. Ich wiederhole also, das Amendement scheint der Staatsregierung ja nicht absolut unannehmbar, aber sie hat den Eindruck, als ob der Wagen der Gesetzgebung doch dadurch zu sehr beschwert werde und er leicht zu spät ankommen könne. Ich gebe dem Herrn Bischof zu erkennen, ob er wohl, selbst wenn sein Antrag in diesem Hause Annahme findet, was ich ja nicht weiß, glaubt, ihn auch im anderen Hause durchbringen zu können. Ist das nicht der Fall, so meine ich, wäre es doch nicht ausnehmend, wenn wir nachher wieder eine Rückwärtsbewegung der Vorlage vornehmen müßten.

Graf v. Bismarck-Erich tritt für das Amendement Kopp ein.

Bischof Dr. Kopp: Wenn darauf in reaktioneller Beziehung Werth gelegt wird, bin ich bereit, auf das Wort „rechtmäßige“ in meinem Amendement zu verzichten. Der Minister verweist auf die getroffene Vereinbarung; aber diese betrifft doch lateinische Ausdrücke, und es fragt sich eben, wie wir diese so ins Deutsche übersetzen, daß der verständliche Sinn dargestellt wird. Das ist nicht so leicht, wie ich schon gestern hervorhob. Daß mein Antrag die Regierung von dem Wohlwollen der Bischöfe abhängig machen würde, ist nicht richtig; er fordert nur größeres Vertrauen zu den Bischöfen.

Das Amendement des Bischofs Kopp wird gegen wenige Stimmen abgelehnt, § 1a in der Fassung der Kommission angenommen.

§ 2 und 3 werden ohne Debatte nach dem Kommissionsantrage angenommen.

§ 4 lautet nach dem Antrage der Kommission:

Die Abhaltung von Messen und die Spendung der Sakramente fallen nicht unter die Strafbestimmungen der Gesetze vom 11. Mai 1873 und 21. Mai 1874.

Vorstehende Bestimmung findet nicht Anwendung auf Mitglieder von Orden und ordensähnlichen Kongregationen, welche von dem Gebiete der preussischen Monarchie ausgeschlossen sind. Die Vorschriften des Art. 15 des Gesetzes vom 21. Mai 1886 wird hierdurch nicht berührt.

Bischof Kopp beantragt, den zweiten Absatz zu streichen. Wie er gestern schon ausgeführt habe, beabsichtige es das Gefühl der katholischen Bevölkerung, daß die Bonahe eine rein geistlichen Angelegenheit unter Strafe gestellt sein solle. Wirklich habe die Frage weniger Bedeutung, da die Zulassung der Orden ausgeschlossen werde. Aber die Ablehnung seines Antrages werde den Eindruck des Gesetzes bei den Katholiken erheblich abschwächen.

Kultusminister Dr. v. Goltz: Ich kann den Standpunkt des Vorredners verstehen, komme aber doch zu einem entgegengesetzten Schlusse. Die Annahme des Antrags ist unmöglich, da eine Noth an Ge-

Abg. Adermann (Kons.) spricht zunächst seine Freude und seinen Dank aus, daß die Chronik wiederum für das Handwerk wohlwollende und günstige Ansichten eröffnet habe und wendet sich sodann zur ausführlichen Begründung der Vorträge. Es bedarf eines letzten Worts vor allen Dingen, auf dem die Innungen arbeiten können, dazu bedürfen wir des eventuellen Innungsantrages, für das Unfallversicherungsgesetz besteht ja schon der Berufsgenossenschaftszwang. Damit die Innungen ihren gemeinnützigen Aufgaben gerecht werden können, wird der Beitrag zu den Kosten auch von den Nichtinnungsmitgliedern gedeckt; dieser Vortrag dürfte schwerlich auf großen Widerstand stoßen, denn der Nutzen springt in die Augen. Wegen des Befähigungsnachweises hat man und den Vorwurf der schroffen Reaktion gemacht, weil er die Gewerbefreiheit beschränkt u. s. w. Mit Unrecht, sie soll Ordnung schaffen, Freiheit ohne Ordnung ist noch viel gefährlicher, als die kleinen Beschränkungen, welche der Befähigungsnachweis ansetzt. Wir wollen durchaus nicht die alten Meisterprüfungen wiederherstellen, sondern dieselben neuen nach ganz bestimmten Normen von der Behörde vorgeordnet werden. Wenn man nun sagt, der Staat müsse auch dafür sorgen, daß der Arbeiter, wenn er auf die Grenzen eines Berufes beschränkt werden soll, auch in diesem Berufe Arbeit erhalte, so ist das doch eine Ueberforderung. — In Desterreich hat man mit dem Befähigungsnachweise durchaus keine schlechten Erfahrungen gemacht und man denkt dort gar nicht daran, ihn wieder abzuschaffen. Die Kollegen von der Reichspartei haben uns früher in dieser Frage nicht zugehört, es freut mich, daß sie uns jetzt wenigstens auf halbem Wege entgegenkommen. Aber alle die Vortheile, die wir von der Prüfung für das Handwerk erwarten, lassen sich durch bloße Beschränkung, daß die vorgeschriebene Lehrzeit abgelehrt ist, nicht erreichen. Es würde sich dabei doch vor allen Dingen immer noch darum handeln, bei welchem Meister dies geschehen ist. Das Wesentliche jedoch bei all diesen Anträgen ist — und das vergessen und unterschätzen Sie nicht — daß der Handwerkerstand eine starke Stütze des Staates ist, und daß Sie diesen helfen, wenn Sie sich des Handwerkerstandes und des Gewerbetreibenden in richtiger Weise, wie es hier empfohlen wird, annehmen. (Bravo!) Im Uebrigen beantrage ich die Verweisung all dieser Anträge an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Rohren (Reichspartei): Das bestehende Gesetz enthält wohl eine große Menge von Rathschlägen für den Handwerkerstand, nicht aber auch die Mittel, sie ins Praktische zu überführen. Der Nachschuß unserer Anträge von den anderen besteht nun darin, daß wir den Innungsmitgliedern kein unbefchränktes Recht über den Geldbeutel der anderen Meister geben, sondern eine behrliche Regelung der Innungsverhältnisse verlangen. Unser Antrag soll in erster Linie eine Brücke auf tüchtige und ordnungsmäßige Ausbildung der Lehrlinge sein. Wir haben andererseits hinsichtlich des Befähigungsnachweises gewiß der Gewerbefreiheit im Allgemeinen, aber es steht doch eine ganze Reihe von Gewerbebetriebern, bei denen Meisterprüfungen dringend nötig sind. Diese dürfen aber nicht die alten ständischen Meisterprüfungen sein und nicht von parteiischen Meistern, sondern von einer unparteiischen Reichsprüfungskommission ausgeführt werden. Was nun die Zahl dieser Gewerbe betrifft, in denen der Befähigungsnachweis erforderlich sein soll, so überlassen wir es dem Bundesrathe, dieselbe zu bestimmen. Wir sind von einigen noch nicht darin enthaltenen Gewerben nachträglich Besuche und Aufnahmen zu erwarten. Unsere Erwägungen bei der Auswahl waren folgende: Die jugendliche Gewerbefreiheit hat vielen betriebsamen jungen Handwerkern die Hoffnung auf eine selbständige Zukunft genommen, wir wollen ihnen diese Aussicht wieder verschaffen. Danach haben wir die betreffenden Gewerbe ausgewählt, um tüchtigen Geleuten die Hoffnung auf Selbständigkeit zu geben: jungen Leuten, die in Fabriken beschäftigt sind, kann sich selbstverständlich eine solche Aussicht nicht eröffnen. Gerade aus den Kreisen der Handwerker, wo eine überwiegende große Zahl von älteren Meistern vorhanden ist, sind die Massenpetitionen um Einführung des Befähigungsnachweises ausgegangen. Wenn bei Annahme der Anträge Adermann und Biehl eine wirkliche Hilfe eintreten soll, so muß der Hebel viel früher angelegt werden, als bei der Meisterprüfung. Sie müssen für eine gute Schulbildung sorgen. In allen anderen Ländern ist man energisch mit der Errichtung von Fachschulen vorgegangen, in Bayern, Sachsen, Desterreich, nur nicht in Preußen, wo man sogar die guten bestehenden Gewerbeschulen zu Boden reorganisiert hat. Hier ist eine Verbesserung dringend erforderlich, unsere Anträge erwideln dieselbe.

Abg. Dr. Baumbach (Dix.): Wenn auch der Antrag Rohren nicht so weit geht, wie die Herren Adermann und Biehl, so kommt er ihnen doch sehr weit entgegen. Die Grenzlinie für die unter Befähigungsnachweis zu stellenden Gewerbe ist in allen Anträgen sehr ungenau gezogen: Herr Rohren sagt dem Bundesrathe in Betreff des Hinzufügens weiterer Handwerke freie Hand, und Herr Adermann geht noch weiter, wenn er sogar dem Bundesrathe die Dispensation vom Befähigungsnachweis überläßt. Das ist doch mit der Idee des Reichstages einfach unvereinbar. Die Herren spielen sich immer als die Vertreter des gesammten deutschen Handwerks auf. Beim Handwerkerstand in Köln waren von 170 Anwesenden 82 Delegierte und diese vertraten 50 000 Handwerker. Was will das aber gegen die Gesamtheit in Deutschland sagen? Wenn man nun hierbei auf Desterreich hinweist, so ist mir von dort auch eine Befürwortung des Befähigungsnachweises ausgegangen; dieselbe enthält aber keine Nachweise, sondern nur Behauptungen. Andererseits ist mir aber ebenso bekannt, daß in der Wiener Handelskammer ein Handwerksmeister sich über die völlige Unzulässigkeit des Befähigungsnachweises ausgesprochen, und im österreichischen Abgeordnetenhaus ist genau dasselbe, sogar von dem damaligen Vorsteher des Handelsministeriums konstatirt worden. Ich erinnere Sie ferner an die famosen Kompetenzkonflikte zwischen den einzelnen Handwerksbetrieben vor der Wiener Handelskammer, an den Streit der Konditoren und Bäcker. In Deutschland geht es aber auch nicht besser zu. In Ludenwalde hat z. B. die Baderinnung ihren Mitgliedern verboten, von denjenigen Mültern Mehl zu beziehen, die nebenbei noch Bäcker sind. Derartige engherziger zünftlicher Bestrebungen giebt es bei uns noch eine ganze Anzahl, aber solche schändliche Zunftgerechtsame sind doch nicht das erstrebenswerthe Ziel für eine Gesetzgebung. In seinen weiteren Ausführungen wendet sich Rohren gegen Einzelheiten der vorliegenden Anträge, von denen der Antrag Adermann wohl die meiste Aussicht auf Annahme habe. Wenn sich auch einzelne Stimmen aus der National-liberalen, der durch ausschlaggebenden Partei, dagegen erhoben hätten, so sei doch nicht anzunehmen, daß das Gros der Partei sich diesen Gedanken unhygienisch gegenüberstelle. Das würde der Vergangenheit der Partei ja widersprechen, die durch ihr Zusammengehen mit den anderen Parteiparteien diesen Anträgen den Weg gebahnt hat.

Abg. Dr. Meher (Zena, ul.): Der Abg. Baumbach hat es sich nicht versagen können, auch bei dieser Gelegenheit in eine der üblichen Weisheiten gegen die nationalliberale Partei einzutreten. Wenn er gesagt hat, daß dieselbe um die Gründung einer einheitlichen Gewerbeordnung in Deutschland und die Einführung der Gewerbefreiheit wesentliche Verdienste habe, so kann ich ihn vollkommen zustimmen. Auf dem Standpunkte der Gewerbefreiheit stehen wir auch heute noch, und wir werden daher anseherlich den Anträgen Adermann nicht zur Annahme verhehlen. Wenn aber der Abg. Baumbach gemeint hat, wenn die Anträge Adermann angenommen würden, so läge die wesentliche Schuld an der nationalliberalen Partei, weil sie bei den Wahlen gemeinsam mit den Konserverativen gegangen, so möchte ich dem entgegenhalten: Mit wem sind denn die Herren Deutschfreisinnigen gegangen? (Sehr gut!) Bei den Nationalliberalen und rechts.) Sind denn nicht viele von Ihnen durch Stimmen des Centrums gewählt worden und umgekehrt? (Sehr gut!) In Bezug auf die Rücksicht auf dem Gebiete des gewerblichen Lebens ist doch das Centrum mindestens eben so schäme, wie die Herren Konserverativen. Die Herren von der Reichspartei aber stehen uns noch erheblich näher in Bezug auf gewerbepolitische Fragen, als Ihnen. Der Vorwurf ist also in keiner Weise gerechtfertigt. Wenn wir in diesem Wahlkampf zusammengegangen sind, so kam es daher, daß es sich um eine große nationale Frage... (Oh! Lärm links), ja wohl, um eine große nationale Frage — (Abg. Hermann: Das war das Septennat) ja wohl, das war das Septennat — handelt. (Re-

chter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Das war doch auch eine Frage, gegen welche meines Erachtens alle anderen Anträge hätten kommen können. (Beifall.) Ich halte die Gefahr, daß die Anträge Adermann angenommen werden, nicht für so groß, wie Abg. Baumbach. Der Abg. Adermann hat, wie bei früheren Gelegenheiten, so auch heute gesagt, daß er das Gros der Handwerker besonders im Auge habe und uns ihm und Verständnis für Handwerkerfragen abspirochen. Ich und meine politischen Freunde treten ebenso für das Wohl des Handwerkerstandes ein, wie er, und auch wir halten die Erhaltung eines kräftigen Mittelstandes und einer gewerbetreibenden Bevölkerung für die vorzugsweise Aufgabe der Wirtschaft- und Sozialpolitik, und wenn wir seinen Anträgen entgegenstehen, so thun wir es nicht um der Ziele, sondern um der Wege willen. Ich glaube, daß es nicht die Folge der Adermannschen Anträge sein wird, den Handwerkerstand vor der Sozialdemokratie zu bewahren. Im Gegentheil könnte der Befähigungsnachweis die Leute, welche diesen Nachtheil haben, fühlen müssen, erst recht zu Elementen der Sozialdemokratie machen. Solche Vorurtheile, wie es seien die Adermannschen Anträge die Ausbeute der kräftigen Reaktion, sind von unserer Seite nicht gebraucht worden, sondern wir sind sachlichen und praktischen Gründen ihnen entgegengetreten, daß solche Verhältnisse für unser Gewerbe nicht mehr passend sind. Die Antragsteller haben insofern aus dem früheren Schicksal ihrer Anträge Nutzen gezogen, als sie uns bestimmten Vorschlägen kennen und nicht alles der Behörde überlassen wollen.

Die Nothwendigkeit des Befähigungsnachweises begründen Sie im Wesentlichen nach drei Richtungen: er sei nötig zum Schutze des Publikums, dann um die Konkurrenz, der der Handwerker unterliegt, zu beseitigen und endlich wegen seines erheblichen Werthes. Hinsichtlich des ersten Punktes ist das Publikum wohl im Allgemeinen selbst in der Lage, sich zu schätzen. (Abgeordneter Adermann: Keiner und gute und schlechte Waare zu unterscheiden. Aus den Kreisen des Publikums ist auch kein Verlangen nach dem Befähigungsnachweis entstanden. (Widerpruch rechts.) Ich gebe zu, daß es gewisse Gewerbe geben kann, bei deren Ausübung eine Gefahr für die Sicherheit der Personen und des Lebens vorhanden ist, wie z. B. beim Baugewerbe. Und dann haben wir denn schon wiederholt, wie auch die Deutschfreisinnigen, betont, daß diese Frage beizulassen das Baugewerbe diskutabel ist und wir bereit seien, in Erwägung zu ziehen, ob ein Befähigungsnachweis nötig ist. Was die von Seiten der Regierung angeführten Erwägungen vorliegen, dürfte es wohlgeheuer sein, mit dem definitiven Urtheil hinauszupushen. Was die Konkurrenzfrage betrifft, so ist ja schon verschiedentlich hervorgehoben worden, daß gegenüber demjenigen Konkurrenz, welche für den Handwerkerstand die gefährlichste ist, die vorliegenden Anträge gar nichts helfen.

Was die dagegen geltend gemachten und zu machenden Bedenken betrifft, so ist eines der wichtigsten die Abgrenzung von Handwerk und Fabrikbetrieb. Von dem Verzicht in der vorliegenden Kommission sind Sie, weil sich eben in der That eine Definition nicht geben läßt, zurückgekommen, und es sind auch in dem jetzigen Katalog von Handwerken in § 142. noch eine Reihe von Handwerken vorhanden, wo eine Scheidung zwischen Handwerk und Fabrikation kaum möglich ist. Einige davon, die Bierbrauer, Waffenschmiede sind von Ihnen gestrichen worden, aber es liegt ja auch eine ganze Reihe von Betrieben vor, wo die Grenze zwischen Handwerk und Fabrik gar nicht zu ziehen ist, die Buchdrucker, Bäcker, Müller. Nun hat man gesagt, in mehreren Paragraphen, nämlich 100b und 134 der Gewerbeordnung ist darin auch kein Unterschied gemacht, aber mit diesen Paragraphen steht die Sache wesentlich anders. In § 100b handelt es sich um die Gewerbesteuerfrage der Verwaltungsbehörden, die in einzelnen Fällen sehr gut unterscheiden können, ob ein Handwerk- oder Fabrikbetrieb vorliegt. In § 134 f. handelt es sich wesentlich um die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter. Beschäftigt jemand als Handwerker einen jugendlichen Arbeiter, und sein Betrieb wird für ein Fabrikbetrieb erklärt, so zahlt er einige Euren Strafe und muß sich mit dem jugendlichen Arbeiter anders einrichten. Erleichtert aber jemand, wie er meint, einen Fabrikbetrieb, ohne den Befähigungsnachweis zu suchen, und die Behörden erklären es nachher für einen Gewerbebetrieb, so muß er den ganzen Betrieb einstellen. Die Wirkung ist also im letzteren Falle viel schwerer.

Weiter ist zu beachten, daß die Prüfung durch Konkurrenten erfolgen soll, jedoch die Möglichkeit vorliegt, daß diese Konkurrenten ihrerseits die Prüfung nicht bestehen lassen, um sich einen unangenehmen Konkurrenzanten vom Halse zu schaffen. Die Mißbräuche in dieser Beziehung aus der alten Zeitzeit sind noch in aller Erinnerung. Wenn Sie einen obersteinsten Kommissar an die Spitze der Prüfung stellen, schließlich Sie einen Mißbrauch nicht aus, denn die technische Leistung, auf die es ankommt, kann dieser Kommissar nicht beurtheilen. Durch den Befähigungsnachweis kommen wir zu einer außerordentlichen Spezialisierung der Handwerker und zu einer Unterscheidung derselben, wie sie unseren thatsächlichen Verhältnissen nicht mehr entspricht. Herr Dr. Baumbach hat auf die österreichischen Erfahrungen hingewiesen. Eine solche Unterscheidung zwischen den einzelnen Handwerken, zwischen dem Bäcker und Konditor, Tischler und Zimmermann, Sattler und Bandagisten ist ganz unmöglich. Ich erinnere an den Streit in der vorjährigen Kommissionsverhandlung über die Unterscheidung zwischen den Barbieren und Friseurern. In derartigen Dingen kommen wir, wenn wir Einrichtungen machen wollen, die unseren thatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Nun haben wir aber weiter konstatirt Gewerbe, in denen eine ganze Reihe von Handwerken vorhanden sind. Ein solches Gewerbe würde nicht mehr möglich sein, wenn für jedes einzelne Gewerbe der Befähigungsnachweis erbracht werden soll. Ebenso ist innerhalb der Handwerke eine große Spezialisierung vorhanden, und man würde also nicht mehr den Nachweis für das ganze Gewerbe verlangen können, wenn jemand einen Spezialzweig treiben will. Das zeigt doch wohl, daß unsern thatsächlichen wirtschaftlichen Bedingungen, wie sie jetzt existiren, ein derartiger Befähigungsnachweis nicht mehr entspricht, und gerade deshalb fürchten wir, daß das ganze Resultat nicht zur Förderung, sondern zur Schädigung des Handwerkerstandes ausfallen würde, und ich bin überzeugt, wenn diese Anträge Gesetz würden, so würde nach einer Reihe von Jahren ein Sturm der Entrüstung durch den Handwerkerstand gehen, und das könnte gerade nach der radikalen Seite ausschlagen. Ganz außerordentlich erschwert wird dadurch auch der Betrieb von Nebengewerben und namentlich werden auf dem Lande große Unzulänglichkeiten entstehen können, wo jemand Gewerbe betreibt, für die er einen Befähigungsnachweis geliefert hat, die nur benachbarte Gewerbe sind. Solchen Unzulänglichkeiten will man durch Ausnahmsbestimmungen abhelfen. Der Bundesrath soll den Befähigungsnachweis nach den Verhältnissen einschränken oder ausdehnen oder ganz beseitigen dürfen. Dadurch weiß man schließlich nicht mehr, was die Ausnahme, was die Regel ist. Nach den Erfahrungen in Desterreich hat sich der Befähigungsnachweis dort nicht bewährt, es hat sich auch eine ganze Reihe von Handwerkern dagegen ausgesprochen. Abg. Adermann: Zwei) — ein Tischler und ein Goldarbeiter haben sich nach dem Bericht der Wiener Handelskammer dagegen ausgesprochen. Mehrere Desterreicher haben mir persönlich bestätigt, daß man den Befähigungsnachweis nicht wünscht. Nun haben ja die Herren Rohren und v. Kardorff einen in einigen Punkten wesentlich vom Antrag Adermann unterschiedenen Vorschlag: die Zahl der Handwerker mit Befähigungsnachweis ist viel geringer, statt der Prüfung soll ein Lehrlingszeugniß oder ein Arbeitszeugniß für den Geleuten genügen und vom Erforderniß des 24. Lebensjahres ist Abstand genommen; sie haben also zweifellos Vorräte vor Adermanns Anträgen und ich begrüße mit Freuden die Erklärung des Abgeordneten Rohren, daß er eine Prüfung durch Konkurrentenmeister unter keinen Umständen anlassen werde. Aber doch bestehen auch gegen die Rohrenschen Anträge eine ganze Reihe von Bedenken. So schreiben dieselben für diejenigen Handwerker noch einen Befähigungsnachweis vor, bei denen das Handwerk in alter Weise betrieben würde, z. B. Tischler und Schuhmacher. Für diese beiden Handwerke mag das zutreffen, aber für manche andere der aufgeführten trifft es nicht zu, z. B. die Klempner, deren Abgrenzung gegen die Blech-

warenfabrikanten heute schon große Schwierigkeiten bieten dürfte. Für eine Reihe Gewerbe, speziell für die Baugewerbe, hat Herr Rohren eine Prüfung durch staatliche Prüfungsbehörden vorgeschlagen. Ich habe vorher schon diese Frage für eine diskutable erklärt, aber ich hätte meinerseits gewünscht, Herr Rohren hätte doch auch erst die jetzt im Gange befindlichen Erhebungen abgewartet, ehe er mit seinen Vorschlägen auf derartige Prüfungen hervorgetreten wäre. Unter diesen Gewerben, die bei mangelhafter Ausführung Leben und Gesundheit gefährden können, hat Herr Rohren außerdem das Baugewerbe und die Fleischer — ich weiß nicht aus welchem Grunde — hinzugefügt. Es ist ja allerdings richtig, daß eine sorglose und mangelhafte Ausübung des Fleischerberufes unter Umständen Leben und Gesundheit schädigen kann. Daran wird aber niemals die mangelhafte Befähigung schuld sein, sondern nur mangelhafte Sorgfalt des Betreffenden. Auch bei den Rohrenschen Anträgen wird die Abgrenzung von Handwerk und Fabrik schwierig sein. Auch hat sich ja Herr Rohren genöthigt gesehen, das von ihm aufgestellte Prinzip in einer Reihe von Fällen zu durchbrechen. In Bezug auf die Innungsanträge bemerke ich, daß ich schon oft meine Sympathie für die korporative Gliederung des Handwerkerstandes ausgesprochen habe. Wir haben ja auch im vorigen Jahre für die Innungen etwas gethan, indem wir ein Gesetz über die Ertheilung von Korporationsrechten an die Innungsverbände angenommen haben. Wenn die Herren nun behaupten, die Innungsbewegung habe bei uns in Deutschland nicht recht vorwärts, und der Herr Abg. Biehl gesagt hat, die Innungen könnten bei dem Gesetze von 1887 nicht leben noch sterben, so stimmt das mit meinen Erfahrungen nicht überein. Danach haben sich in Deutschland allmählich mehr und mehr Innungen konstituit und sich auch oft in zweckmäßiger Weise zu Innungsverbänden zusammen gefügt. Nun haben die Herren Biehl und Adermann den Vorschlag gemacht, die jetzigen Bestimmungen des § 100 e dadurch zu verbessern, daß sie an die Stelle des Ermessens der Verwaltungsbehörden ein ganz mechanisches Prinzip, ein Majoritätsprinzip, gesetzt haben. Sie wollen also, daß die Befugnisse, die den Innungen schon nach § 100 e ertheilt werden können, jeder Innung ertheilt werden müssen, welcher die Majorität der betreffenden Handwerker angehört. Das ist doch ein bedenklicher Grundlag; es ist ja möglich, daß die Innungen auf dem Gebiete der Lehrlingswesen gar nichts leisten. In dieser Beziehung befinden sich die Herren auch mit ihren Freunden, mit dem Comité des deutschen Innungsbundes nicht in Uebereinstimmung. In der vorerwähnten Petition findet sich eine Stelle, die in der That doch ein Beweis dafür ist, daß auch in diesen den Herren Adermann und Biehl nahestehenden Kreisen gegen diese vorgeschlagene Bestimmung große Bedenken existiren. Die Anträge Adermann und Biehl wollen beide auch den Nicht-Innungsmeister zu gewissen gemeinnützigen Einrichtungen der Innungen heranziehen, besonders zu Herbergen und Fachschulen. Nun ist es ja natürlich, wenn an solchen Einrichtungen das ganze Handwerk zu theilhaben; aber der Majorität der Innungsmitglieder zu Liebe kann man doch die anderen Handwerker nicht dazu zwingen. Der Abg. Rohren will deshalb auch die Entscheidung den höheren Verwaltungsbehörden überlassen; aber auch dagegen habe ich große Bedenken.

Gegen eine Verweisung der Anträge an eine Kommission von 21 Mitgliedern habe ich nichts einzuwenden. Ob die Kommission sich in dieser Session große Resultate erzielen wird, bezweifle ich allerdings. Ueberhaupt wäre die Einbringung dieser Anträge nicht so dringlich gewesen; man hätte die in der Chronik in Aussicht gestellten bezüglichen Vorlagen abwarten können. Wir sind also bereit, alle Anregungen, welche sich auf das Wohl der Handwerker beziehen, sorgfältig zu prüfen; aber sie müssen sich auf dem Boden der modernen Wirtschaftsordnung bewegen. Will man zu den veralteten Formen des Wirtschaftslebens zurückkehren, so wird man den Handwerkerstand nicht fördern, sondern seine wichtigsten Interessen schädigen. (Beifall links.)

Abg. Grillenberger (Sozialdemokrat): Die Anträge sind nur für eine kleine Kaste unter den Handwerkern berechnet, für die bereits angefertigten Meister, die sich dadurch die unbegrenzte Konkurrenz der jüngeren aufstrebenden Kräfte vom Halse halten. Wenn Herr Adermann durch die Herbeiführung der früheren guten Zucht die jungen Handwerker von der Sozialdemokratie abhalten glaubt, nun, ich komme auch noch aus der guten Zeit der alten Zucht und bin doch Sozialdemokrat geworden. (Heiterkeit.) Wenn Herr Adermann sich die österreichische Gewerbeorganisation theilweise zum Muster genommen hat, weshalb hat er da gerade diese schlechten Seiten herausgegriffen und nicht z. B. die freien Organisationen für Lohnarbeiter, den Normalarbeitstag? — Aus der Kommission für diese Fragen sind mir vollständig ausgeschlossen, obwohl wir 11 sozialdemokratischen Abgeordneten doch an Stimmenszahl annähernd ebenso viel auszuereinen wie die Herren von der Reichspartei. Dem Herrn Abg. Biehl gelte ich gerne zu, daß die Waarenabzahlungsgehalte eine sehr schädliche Einschränkung sind, aber sie sind die Folgen der ganzen heutigen Produktionsweise. Die Produktionskosten werden bei noch so geringer Normierung der Löhne für Menschen unerschwinglich sein und das Kaufmittelmittel des Herrn Adermann, daß ein solcher Handwerker dann einfach Lohnarbeiter bleiben mußte, beweist, daß es nur eine leere Redensart ist, wenn Herr Adermann vorgiebt, er interessiere sich für den Handwerkerstand. Ich spreche außerdem dem Herrn Adermann jede Befähigung, über diese Verhältnisse zu urtheilen, ab. Wenn er in irgend einem Berufsgenossenschaft Verweigerung finden wollte, so könnte es höchstens bei der Waffenschmiedung der Fall sein (Unruhe) und dafür hätte er noch einen Befähigungsnachweis zu erbringen. (Heiterkeit.) Wenn man schadenfroh wäre, so könnte man sich freuen, daß solchen verkehrten Anträgen nachgegeben wird. Auf der anderen Seite wäre es aber sehr schwer, diese Gesetze später einmal abzuschaffen, die eine Verknöcherung der ganzen deutschen Industrie herbeiführen können. Wenn ich dem Bundesrathe gegenüber einen Wunsch aussprechen darf, so wäre es der, diesen Gesetzen hinterher eine Zustimmung nicht zu geben, und wenn ich dafür bin, die Anträge einer Kommission zu überweisen, so wäre es nur mit dem Wunsche, daß sie aus derselben nicht mehr herauskommen. Der Befähigungsnachweis erbringt noch lange keinen Beweis für die Tüchtigkeit derer, die ihn geführt haben. Er ist eben nichts weiter als ein indirekter Weg zu der Zwangsinnung. Die Innungen haben sich bisher noch auf keinem Gebiete bewährt, weder im Lehrlings- noch im Herbergswesen, weshalb will man ihnen nun Belugnisse zuweisen, die die Nichtangehörigen der Innungen schädigen? Sie können mit allen diesen Dingen doch nicht verhindern, daß Jahr für Jahr eine große Zahl von Handwerksmeistern und Geleuten in unsere Arme getrieben werden. Wenn Sie dem Handwerker nützen wollen, dann verweisen Sie ihn auf den genossenschaftlichen Weg (Lärm rechts.) Da aber die Bildung von Produktionsgenossenschaften wegen Mangels an Kapital den Arbeitern unmöglich ist, so bleibt nichts übrig, als der Sozialismus, der Grundlag ist, die Gründung solcher Genossenschaften mit staatlichem Kapital. Die Handwerker, welche wirklich zu beschränkt sind, zu glauben, daß ihnen durch solche Anträge geholfen sei, werden den Schaden an ihrem eigenen Leibe erfahren.

Vizepräsident Dr. Buhl: Ich habe mich aus dem Stenogramm überzeugt, daß der Redner von der Person des Abg. Adermann in einer Weise gesprochen hat, die ich für parlamentarisch zulässig nicht betrachten kann. Ich ruge deshalb diesen Ausdruck nachträglich. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen und nach einem Schlußwort der Abg. Dr. Kropatschek und Biehl werden sämtliche Anträge einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. (Zweite Beratung des Entwurfs betr. Abänderung des Reichsbeamtengegesetzes. Erste Beratung der Vorlage, betr. den Verkehr mit Rumbutter.) Schluß 3½ Uhr.

Verantwortliche Redakteure: F. Dornbura in Berlin. Für die die deutschen politischen Angelegenheiten bezüglichen Theile: E. G. Köbner in Berlin. Druck und Verlag der National-Zeitung Dr. F. Salomon in Berlin.

Deutsche Hypotheken-Bank (Actien-Gesellschaft) Berlin.

Activa. Bilanz-Conto pro ultimo December 1886. Passiva.

Activa.	Bilanz-Conto pro ultimo December 1886.	Passiva.
An Cassa-Conto.		Per Aktien-Capital-Conto.
Rassenbestand.	668703 05	60% Einzahlung auf M. 9000000
Gambio-Conto.		Actien-capital.
Bestand an Wechseln ab: Discont à 5%	149917 70 579 20	5400000
Comptant-Conto.		Unfandbare Pfandbriefe-Conto.
Fällige Coupons.	36030 15	4% 27374000 4 1/2% 407800 5% 5052100
Effecten-Conto.	12885	(gekündigt pro 1/9. 86)
Bestand an gefündigten Effecten		Pfandbriefe-Coupons-Conto.
Conto-Guthaben bei Bankhäusern Darlehne gemäß § 13, 12 d des Statuts.	700000	Nach einzulösende fällige Pfandbriefe-Coupons
Conto - Corrent-Conto A. Debitoren	236509 77	392608 25
Hypotheken-Conto.		Actien-Reserven-Conto.
Gegen Hypothek gewährte künftige und unfandbare Darlehne ab: Hieran noch zu zahlende	36714183 298453 70	Für das Jahr 1887 zu reservirende Zinsen
Hypotheken-Sommar-Conto.		Caution-Conto
Gegen verpfändete Hypotheken gewährte Darlehne Zins - Debitoren-Conto.	1267369 46	Der Bank bestellte Cautionen
Fällige Hypotheken-Zinsen	52729 06	Dividenden-Conto.
Bauk-Gebäude-Conto.		Nach nicht abgehobene Dividende pro 1884 86
Bauk-Gebäude-Regel-Platz 2	345000	Conto - Corrent-Conto A. Creditoren
Bauliche Veränderungen	7488 10	318095 77
ab: Abschreibung 2% und extra Abschreibung	352488 10	Amortisations-Conto.
Grundstücke-Conto.	12488 10	Eingezahlte Amortisationsraten
Zu Substation erwerbsfähige Grundstücke	340000	Referve-Fonds-Conto.
Inventar-Conto.	175860 49	Befehllicher Reserve-Fonds (Art. 239b, 185b des Handels-Gesetzbuchs)
Bestand ab: Abschreibung	3584 40 1584 40	Refervefonds-Conto.
Pfandbriefe-Disagio-Conto	194434 45	Außerordentlicher Reserve-Fonds
ab: Abschreibung pro 1886	44434 45	Special-Reserven-Conto.
Pfandbriefe-Conversionirungskosten-Conto.	58725 55	Zu reservirende Beträge für a. einmalige Ausfälle
Conversionirung nacherer 4 1/2% Pfandbriefe	8725 55	Bestand am 31. Decbr. 85 ab: Verlust bei dem Verkauf eines Grundstücks M. 920. —
ab: Abschreibung	50000	steigeword. 7080. —
	40247154 78	b. für Ankauf von 5% Pfandbriefen
		30000
		115000
		324928 98
		40247154 78

Debit. Gewinn- u. Verlust-Conto ultimo December 1886. Credit.

Debit.	Gain- u. Verlust-Conto ultimo December 1886.	Credit.
An Unkosten-Conto.		Der Bilanz-Conto.
Allgemeine Unkosten incl. Steuern, Mische, Stempel, Gehälter und Infectionen	98558 52	Uebertrag von 1885
Bauk-Gebäude-Conto.	12488 10	Zinsen-Conto.
Abschreibung für Regelplatz 2	1584 40	Uebertrag nach Abzug der gezahlten Pfandbriefe-Zinsen
Inventar-Conto.	1584 40	Provisions-Conto
Abschreibung	194434 45	Uebertrag
Pfandbriefe-Disagio-Conto	150000	Gambio-Conto.
ab: in späteren Jahren zu tilgende	44434 45	Wechsel-Zinsen
Pfandbriefe-Conversionirungskosten-Conto	58725 55	Haus-Revenuen-Conto.
ab: in späteren Jahren zu tilgende	50000	Uebertrag auf Regel-Platz 2
Conto-Corrent-Conto A.	6350 42	Grundstücke-Revenuen-Conto.
Verlust bei einem Correspondenten	30000	Uebertrag von unseren Grundstücken
Special-Reserven-Conto.	80000	Special-Reserven-Conto.
Für den Ankauf von 5% Pfandbriefen	30000	frei gewordene Reserven
Gewinn lt. Bilanz M. 824 928.98	31990 50	7080
Referve-Fonds-Conto.	270000	
10% von M. 319 905.21		
Dividenden-Conto.		
5% von M. 5 400 000		
Lauten-Conto.		
von M. 71 914.71		
10% an den Verwaltungsrath	7191 50	
10% an die Direction und Beamte	7191 50	
Von den verbleibenden M. 8555.48 zur Begründung eines Beamten-Unterstützungsfonds	5000	
Gewinn-Vortrag auf 1887	3555 48	
	525070 42	

Berlin, den 31. December 1886.

Die Direction. Abegg. Eachel.

Vorstehende Bilanz sowie das Gewinn- und Verlust-Conto haben wir geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern der Gesellschaft in Uebereinstimmung befunden. (4698)

Berlin, den 4. März 1887.

Die Revisions-Commission.

Julius Lewison. Th. Berthelm. Otto Bann. August Wolff, gerichtlicher Bücherrevisor.

Deutsche Hypothekenbank (Actien-Gesellschaft) Berlin.

Die auf 5% festgesetzte Dividende pro 1886 gelangt vom 24. März an mit M. 18. pro Dividendenchein an unserer Casse, Regelplatz Nr. 2, gegen Einlieferung des Dividendencheines Nr. 15 zur Auszahlung. (4699)

Berlin, den 24. März 1887.

Die Direction.

Die für das Jahr 1886 auf 6 1/2% festgesetzte Dividende ist sofort gegen den Dividendenchein Nr. 15 mit M. 37. 50 pro Actie an unserer Casse, Neuenhoferstraße Nr. 11-12, in den Vormittagsstunden von 9-12 Uhr zahlbar. Den Dividendencheinen ist ein arithmetisch geordnetes Nummern-Verzeichniß beizufügen. (4697)

Berlin, den 23. März 1887.

Bank für Sprit und Producten-Handel.

Soll.	Bilanz am 31. December 1886.	Haben.
Grundstücke-Conto	902 779 80	Actien-Capital-Conto
Gebäude-Conto	M. 236 683 31	Reserve-Fonds I
2% 4 733 66	231 949 61	Partial-Obligationen
Maschinen-Conto	M. 129 584 94	Saldo vom 1. Januar 1886
5% 6 479 24	123 105 70	M. 200 500 —
Utenilien-Conto	M. 6 872 67	12 500 —
15% 1 030 92	5 841 75	188 000 —
Pferde- und Wagen-Conto	M. 9 836 02	Reserve-Fonds II
10% 983 62	8 852 40	Conto-Corrent-Creditoren
Caution-Conto	M. 10 387 24	Dividenden-Conto
Schacht-Conto	M. 1 038 74	nicht abgehobene Dividende
10% 1 038 74	9 348 50	Coupons von Partial-Obligationen
Waaren-Bestände	8 370 55	Gewinn- und Verlust-Conto
Cassa-Beitrag	86 818 91	Refervefonds II 5%
Renewal-Conto	2 084 40	M. 8724 22
Conto-Corrent-Debitoren	132 643 87	Lauten-Conto
Wechsel-Beitrag	16 298 27	Saldo-Uebertrag
Asphalt-Begehrschäft	9 442 84	M. 4588 —
	1 488 392 14	8 724 22

Soll.	Gewinn- und Verlust-Conto am 31. December 1886.	Haben.
An Abschreibungen auf Conto-Corrent-Conto	6 639 58	Per Saldo - Vortrag am 1. Jan. 1886
Patentkosten	393 10	82 21
Agio-Conto	2 057 34	verfallene Dividendencheine
Zinsen-Conto	11 355 —	225 —
Geschäfts-Unkosten	25 851 83	Waaren-Conto
Abschreibungen	14 266 18	68 970 04
Gewinn	8 724 22	
	69 277 25	69 277 25

Sannover, den 15. Februar 1887.

Deutsche Asphalt-Actien-Gesellschaft der Limmer und Vorwohler Grubenfelder.

Carl Schönewald. R. Herzog.

(4721)

Bank für Sprit- und Producten-Handel.

Bilanz am 31. December 1886.

Activa.	Passiva.
Grundstücke- und Gebäude-Conto	Actien-Capital-Conto
Buchwerth	Hypothek-Conto
ab: Extra-Abschreibung auf Grundstücke	Creditoren
Abschreibung auf Gebäude 2%	Dividenden-Conto
	nach nicht erhoben pro 1884
Renbanten pro 1886	noch nicht erhoben pro 1885
Utenilien-Conto	Conto für Dubiose, Restbetrag
ab: Abschreibung 8%	Neue Dotation
Neuanschaffungen pro 1886	Alter Reservefonds
Refesselwagen-Conto	Gesellschaftlicher Reservefonds
ab: Abschreibung 20%	Delcrebere-Conto
Pferde- und Wagen-Conto	Neue Dotation
ab: Abschreibung 25%	Gewinn- und Verlust-Conto
Neuanschaffungen pro 1886	Vortrag aus 1885
Cassa-Conto	Gewinn pro 1886
Wechsel-Conto	Gewinn-Vertheilung:
Debitoren	Nettogewinn
General-Waaren-Conto	Gesellschaftlicher Reservefonds 6%
Königl. Steuer-Amt	Lauten an den Ausschichtsrath und die Direction
Guthaben für Aufseher	Vortrag aus 1885
mutmaßlicher Verlust 1/2%	Dividende 6 1/2%
	Vortrag auf 1887
Rücker-Conto	
Sache-Conto	
Verdehaltungs-Conto	
Diverse Materialien-Conto	
Stein-, Braun- und Holzkohlen zc.	
Affecuranz-Conto	

Gewinn- und Verlust-Conto.

Debit.	Credit.
An Amortisations-Conto	Per Gewinn-Vortrag 1885
Gebäude 2%	General-Waaren-Conto
Utenilien 8%	ab Verluste
Refesselwagen 20%	Commissions-Conto
Pferde u. Wagen 25%	Zinsen-Conto
Affecuranz-Conto	Mische-Conto
Handlungs-Unkosten-Conto	
Gehälter, Abgaben, Depeschen zc.	
Bau- u. Utenilien-Reparaturen-Conto	
Diverse Materialien-Conto	
Stein-, Braun u. Holz-Kohlen zc.	
Arbeitslöhne-Conto	
Pferdehaltungs-Conto	
Schuldungsgebühren-Conto	
Steuer-Gehalts-Conto	
Hypothek-Zinsen-Conto	
Rücker-Conto	
Conto für Dubiose	
Bilanz-Conto	
Gewinn-Vortrag 1885	
Gewinn pro 1886	

Berlin, den 31. December 1887.

Die Direction der Bank für Sprit- und Producten-Handel.

W. Martenberger. J. Beck. Grohe. Adolph Brückmann.

Vorstehende Bilanz, sowie das Gewinn- und Verlust-Conto stimmt mit den ordnungsmäßig geführten Büchern der Gesellschaft überein. (4696)

Berlin, den 7. März 1887.

Die Revisoren:

G. F. W. Adolph, gerichtlicher vereidigter Bücherrevisor. G. Moshagen.

Druck und Verlag der National-Zeitung Dr. F. Salomon in Berlin.